

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 5. März 1954

Blatt 321

Auguste Groner zum Gedenken

=====

5. März (RK) Auf den 8. März fällt der 25. Todestag der Volksschriftstellerin Auguste Groner. Am 16. April 1850 in Wien geboren, wurde sie Lehrerin und wirkte fast vier Jahrzehnte an einer Vorstadtschule. Schon frühzeitig befaßte sie sich mit Jugendliteratur und gab eine Jugendzeitschrift heraus. Auguste Groner schrieb zahlreiche Romane und Erzählungen, deren Themen zumeist aus der Vergangenheit Österreichs und aus ihrer Wiener Heimat stammen. Weiter pflegte sie das Genre der Kriminalgeschichte. In späteren Jahren betrieb sie topographische und historische Forschungen. Ihre wertvollen Veröffentlichungen auf diesen Gebieten sind in vielen Tageszeitungen, aber auch in Buchform erschienen und sehr bekannt geworden.

Gewerkschaft der Gemeindebediensteten

=====

5. März (RK) Das Bildungsreferat gibt bekannt, daß für die geschlossene Vorstellung des Lustspieles "Miau" von Ladislaus Fodor in den Kammerspielen am Montag, dem 8. März, um 20 Uhr, noch einige ermäßigte Karten von 6 bis 17 Schilling im Bildungsreferat, 9, Maria Theresien-Straße 11, 6. Stock, erhältlich sind.

Musikveranstaltungen in der Woche vom 8. bis 14. März:
=====

5. März (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 8. März	Brähmssaal (MV) 19.30	Lieder- und Arienabend Leon Telatynski; am Flügel Hermann Nordberg
	Mozartsaal (KH) 19.30	Celloabend Senta Benesch
Dienstag 9. März	Brähmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Wiener Philharmonia-Quartett
	Gr.K.H.Saal 15.30	Theater der Jugend: Konzert der Wiener Sängerknaben
	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 7. Konzertes im Zyklus II der Wr.KHG (Wr.Symphoniker, Trio di Trieste, Dirigent Dr.Karl Böhm)
Mittwoch 10. März	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Lieder- und Arienabend Giuseppe di Stefano; am Flügel Prof.Viktor Graef
	Brähmssaal (MV) 19.30	Klavierabend Walter Klien
	Gr.K.H.Saal 15.30	Theater der Jugend: Konzert der Wiener Sängerknaben
	Gr.K.H.Saal 19.30	Österreichischer Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 7. Konzertes im Zyklus II der Wr.KHG (Wr.Symphoniker, Trio di Trieste, Dirigent Dr.Karl Böhm)
	Mozartsaal (KH) 19.30	3. Konzert des Pro-Arte-Orchesters; Dirigent Dr.M.Winkler
	Gr.K.H.Saal 15.30	Theater der Jugend: Konzert der Wiener Sängerknaben
Donnerstag 11. März	Gr.K.H.Saal 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 7. Konzert im Zyklus II; Werke von Ludwig v.Beethoven (Wr.Symphoniker, Trio di Trieste, Dirigent Dr.Karl Böhm)
	Gr.K.H.Saal 19.30	
Freitag 12. März	Gr.M.V.Saal 18.00	Österreichischer Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 6. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM.; Pfitzner, "Von Deutscher Seele" (Wr.Philharmoniker, Diri- gent Joseph Keilberth)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Freitag 12. März	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: Aufführung der Tanzspiele "Der Schulmeister" und "Aschenbrödel" - einmal anders" (für Schüler)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Wiener Berufsschulgemeinde: Wiederholung des 7. Konzertes im Zyklus II der Wr.KHG (Wr.Symphoniker, Trio di Trieste, Dirigent Dr.Karl Böhm)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 4. Konzert im Zyklus IV "Musica viva"; Kammerorchester der Wr.KHG., Edith Farnadi und Hans Kann (Klavier), Dirigent Michael Gielen
	Akademietheater 19.00	Akademie für Musik u.d.K.: Opernabend der Klasse Prof.Josef Witt; Einstudierung und Begleitung Prof.Dr.Harald Goertz
	Konservatorium der Stadt Wien Vortragssaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Kammermusikabend der Zweigschule Simmering
Samstag 13. März	Gr.M.V.Saal 15.00	Gesellschaft der Musikfreunde: 6. Konzert im Zyklus "Die große Symphonie", Pfitzner, "Von deutscher Seele" (Wr.Philharmoniker, Dirigent Joseph Keilberth)
Sonntag 14. März	Gr.M.V.Saal 11.00	Gesellschaft der Musikfreunde: 6. Konzert im Zyklus "Die große Symphonie", Pfitzner, "Von deutscher Seele" (Wr.Philharmoniker, Dirigent Joseph Keilberth)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Johann Strauß-Gesellschaft Wien: Strauß-Festkonzert zum 150.Geburtstag von Johann Strauß (Vater); Wr. Symphoniker, Dirigent Eduard Strauß
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: Kammermusikabend des Trio di Trieste

Ferkelmarkt vom 3. März:

=====

5. März (RK) Aufgebracht wurden 151 Ferkel, verkauft wurde alles. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 7 Wochen 225 S, 8 Wochen 281 S, 10 Wochen 311 S, 14 Wochen 470 S, 16 Wochen 625 S.

Sitzung des Wiener Landtages
=====

5. März (RK) Unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek (SPÖ) trat der Wiener Landtag heute vormittag auf Antrag der Österreichischen Volkspartei zusammen, um zu den Ergebnissen der letzten Staatsvertragsverhandlungen in Berlin Stellung zu nehmen. Präsident Marek teilte mit, daß er von der ÖVP ein Schreiben erhalten habe, in dem verlangt wird, ehestens eine außerordentliche Sitzung einzuberufen. Als einziger Punkt soll eine Stellungnahme des Wiener Landtages zu den Ergebnissen der Außenministerkonferenz in Berlin angesetzt werden. Ferner wurde von der ÖVP ~~der~~ Antrag eingebracht, am Tag der Befreiung nicht mehr zu beflagen. Vom Linksblock lag eine Anfrage an den Landeshauptmann vor, was dieser zu unternehmen gedenke, um die Räumung Wiens von allen Besatzungstruppen zu erreichen. Dazu wurde der Antrag auf Verlesung und Besprechung eingebracht. Präsident Marek verfügt die Einbeziehung der Anfrage in die Debatte.

Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) führt aus, daß ganz Österreich an den Staatsvertragsverhandlungen interessiert ist, daß aber die Bundeshauptstadt in besonderer Weise von den Verhandlungen in Berlin betroffen wurde. Die Stadt hat daher nicht nur ein besonderes Recht, sondern auch die Pflicht, ihre Meinung zu äußern.

Wien war seit jeher eine freiheitsliebende Stadt. Das an sich gutmütige, fröhliche Volk dieser Stadt kam immer dann in Bewegung und Erregung, wenn es um die Freiheit ging. Der letzte furchtbare Krieg hat Wien besonders hart getroffen. Als damals der Stephansdom brannte, glaubten viele, daß nun wirklich alles vorbei sei und doch zog damals in diesen bitteren Stunden und Tagen die Hoffnung auf die baldige Auferstehung und die so sehr ersehnte Freiheit in die Herzen der Österreicher ein. Auch wir glaubten, daß mit der Stunde der Befreiung die Stunde der Freiheit geschlagen hat. Wie sehr wurden wir aber enttäuscht. Der Krieg war zwar äußerlich zu Ende, tatsächlich ging er aber weiter.

Wir alle ließen uns trotzdem nicht entmutigen. Aus Kerkern und Anhaltelagern, von den Fronten des Krieges, aus Kellern und Luftschutzbunkern und aus der Evakuierung fern

von der Heimat zurückgekehrt, schlossen wir uns doch zusammen und gingen an das harte und trotz allen Wunden schöne Werk des Wiederaufbaues. Wir räumten den Schutt weg, wir statuierten eine neue demokratische Ordnung. Wir freuten uns trotz Hunger und Elend, trotz Bedrückung und Vergewaltigung des ersten Scheines der Freiheit und begrüßten das wiedergewonnene Leben. Was alles haben wir in gemeinsamer Anstrengung seither geleistet! Was aber haben uns die anderen alles genommen! Wie weit sind wir heute nach neun Jahren Besetzung noch von der Freiheit entfernt! Außenminister Figl hat gestern in einer Rede aufgezeigt, welche ungeheure Beträge aus unserem Land herausgeholt wurden. Kein Friedensvertrag ist so hart, wie es unsere Befreiung gewesen ist.

Die Hoffnung, daß Berlin die große Wende bringen würde, war nicht sehr groß. Österreich ging bis zum Äußersten seiner Möglichkeiten. Kaum ein anderer Staatsmann außer dem langjährigen Kanzler Österreichs schien berufener und geeigneter, die Sache der Freiheit zu vertreten. Am Ende aber stand wieder das schreckliche, alles zerstörende "Njet". Am Ende stand wieder die Enttäuschung. Nur österreichische Kommunisten, oder besser unsere Kommunisten in Österreich, konnten den traurigen Mut aufbringen, auch diesmal zu behaupten, daß die Westmächte oder gar Österreich am Scheitern der Verhandlungen Schuld gehabt hätten. (Pfuirufe bei der ÖVP.) Alle wußten und wissen ganz genau, daß die russischen Vorschläge unannehmbar waren und daß auch diese Verhandlungen am "Njet" des Außenministers Molotow gescheitert sind.

Die Vorschläge bezüglich unserer Stadt waren wohl das Ärgste und Unannehmerste; ganz abgesehen davon, daß wir es ablehnen besser als die anderen Österreicher behandelt zu werden. Die Annahme der russischen Vorschläge hätte auch keinen Vorteil bedeutet. Wir wären aus einer mehrfach besetzten Stadt eine eingeschlossene, ein zweites Berlin, geworden. Nur Narren oder Verräter hätten ihre Zustimmung geben können! (Beifall bei der ÖVP.)

Inzwischen hat der österreichische Nationalrat in feierlicher und würdiger Weise gesprochen. Besonders eindrucksvoll war die Rede des Abgeordneten Dr. Gorbach. Sie war eine grandiose Abrechnung mit allen, die an unserem Unglück

schuldig wurden. Für uns Wiener gilt auch, was er abschließend sagte: "Allen, die uns Österreicher zermürben und reif zum Fall machen wollen, sei gesagt, daß wir uns nicht zermürben lassen. Jetzt erst recht nicht! Sie unterschätzen unsere Kraft, unsere Zähigkeit und unseren Freiheitswillen. Wir eignen uns nicht zu einem Satelitenvolk!" (Beifall bei der ÖVP, Zwischenrufe beim Linksblock.)

Vizebürgermeister Weinberger richtete einen Appell an die Alliierten und besonders an Rußland, wenigstens alle überflüssigen Härten zu beseitigen, wenn uns schon die Freiheit noch immer vorenthalten bleibt. Beseitigt die Bevormundung des Parlaments und der Landtage, gebt die USIA-Betriebe zurück, unterwerft euch unseren Finanz-, Zoll- und Wirtschaftsgesetzen, gebt uns die Lufthoheit und reduziert die Besatzung auf ein Mindestmaß. Wir brauchen die Wohnungen, die Hotels, die Schulen und alles andere, was ihr sonst noch immer besetzt habt. Zahlt eure Schulden, gebt den Rundfunk frei, verschont uns mit allen russischen und amerikanischen Stunden, anerkennt die beschlossenen Gesetze über die Grenzen zwischen Niederösterreich und Wien, mischt euch nicht in unsere Gerichtsbarkeit, laßt uns endlich in Ruhe arbeiten und leben!

Eines der Hauptargumente gegen Österreich war und blieb die angebliche Sorge wegen eines neuerlichen Anschlusses an Deutschland. Nichts erscheint unbegründeter, als diese bewußte Verdächtigung. Unsere Erfahrungen waren so bitter, daß sich niemand einen neuerlichen Anschluß oder gar einen Krieg wünscht. Kein Volk der Welt ist friedensliebender und friedensbereiter als unseres. Nur unsere Kommunisten verdächtigen und hetzen. Sie allein haben sich angeschlossen, und zwar an Rußland. (Zwischenrufe beim Linksblock.) Dieser Anschluß ist unnatürlicher als es ein solcher an Deutschland wäre. Ich sagte aber schon, daß niemand an solch einen Anschluß denkt. Wir alle arbeiten vielmehr am Zusammenschluß aller freien Völker Europas. (Beifall bei der ÖVP.) Heute schon melden wir den Anspruch Wiens als Hauptstadt der Vereinigten Staaten des freien Europa an. (Beifall bei der ÖVP.) Keine andere Stadt des Kontinents wäre dafür geeigneter und berufener, diese große Rolle zu spielen als die Stadt Wien.

Die Anfrage der Kommunisten an den Landeshauptmann bezeichnete der Redner als lächerlich. Sie verlangen also, der

Bürgermeister möge sich zu den Alliierten begeben und sie auseinanderrühren. Niemand wird eine solche Anfrage ernst nehmen.

Die ÖVP hat den Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, ab sofort an keinem sogenannten Befreiungstag öffentlich zu beflaggen. Die Farben unseres Vaterlandes und unserer geliebten Stadt Wien sind uns zu heilig, als daß wir sie noch einmal zu diesem Zweck hissen lassen könnten. Vizebürgermeister Weinberger meinte jedoch, es wäre nicht richtig gewesen, dem Beschluß des Landtages durch eine Verordnung des Bürgermeisters einige Stunden vor der Sitzung zuvorzukommen. Er wolle nicht annehmen, daß der Bürgermeister die Würde des Landtages absichtlich mindern wollte. Gerade weil der Bürgermeister in diesem Fall leider offensichtlich mehr als Obmann einer Partei gehandelt hat, denn als Bürgermeister und Landeshauptmann, müsse die ÖVP für das ganze Volk von Wien sprechen. (Beifall bei der ÖVP, Gegenrufe bei den Sozialisten.)

Der Vorsitzende ruft Abg. Dr. Altmann (LBl.) zur Ordnung, weil er in einem Zwischenruf ein Schimpfwort gebraucht hat.

Abschließend sagte Vizebürgermeister Weinberger: "Jedes Volk hat seine Ehre; unsere darf nicht kleiner bewertet werden als die Ehre des größten Volkes dieser Erde. Wir haben bewiesen, daß uns Ehre, Freiheit und Vaterland höchste Werte sind. Wir haben dafür gekämpft, geopfert und gelitten. Viele unserer Besten sind dafür gefallen. Bleiben wir daher zusammen, arbeiten und kämpfen wir auch weiterhin für dieses Vaterland, für die Stadt Wien, für die Freiheit, für die Ehre, für das Glück unserer Stadt!" (Beifall bei der ÖVP.)

Abg. Wicha (WdU) erklärt, daß es nach Meinung der Unabhängigen niemals zu der jetzigen Situation gekommen wäre, wenn man auch in unseren Regierungskreisen aus der Geschichte gelernt hätte. Das, was wir im zweiten Weltkrieg als die Alliierten Mächte kennenlernten, waren dieselben Staaten, die nach dem ersten Weltkrieg die Friedensbedingungen diktierten, die Schandverträge, die zu einem neuen Weltkrieg führten. Im zweiten Weltkrieg verkündeten dieselben Staaten - diesmal unter der Firma Alliierte und assoziierte Mächte - die Charta der Vereinten Nationen, die

Freiheit der Völker und Staaten, Menschenwürde, Freiheit vor Furcht und Not. Kaum aber schwiegen die Waffen, wurden diese Grundsätze abermals über Bord geworfen. Die barbarische Austreibung der vier Millionen **Sudetendeutschen** berührte weder unsere Staatsmänner, noch fanden die Großen Vier Anlaß zum Einschreiten. Und wie schließlich von den 14 Punkten Wilsons im Jahre 1918 nichts übrig blieb, so ging es der Charta im Jahre 1945.

Die verantwortlichen Männer Österreichs schwiegen diesmal zu allen diesen Schandtaten. Im Gegenteil, sie konnten sich nicht genug tun an Liebedienerei. Jeder Befehl wurde bedenkenlos durchgeführt, und darüber hinaus stieß man hunderttausende österreichische Staatsbürger durch die NS-Gesetze, den sanktionierten Möbelraub und andere unbegreifliche Handlungen, die dem gesetzten Recht, dem Naturrecht und dem Völkerrecht widersprechen, ins Elend. Kein Wort wurde über unseren Anspruch auf Südtirol verloren, kein Wort über die Auslandsösterreicher, die auch **vertrieben** wurden, niemand fand ein Wort für unsere Kriegsgefangenen, die wider das Völkerrecht jahrelang als Arbeitssklaven zurückgehalten wurden.

Die Alliierten sollen ihre Truppen abziehen und uns die versprochene Freiheit und Souveränität geben. Wir haben bewiesen, daß wir keine Gouvernanten benötigen und unser Haus selbst bestellen können.

Für uns Unabhängige ist es daher selbstverständlich - und unsere Fraktion im Parlament hat die Forderung erhoben -, daß in Zukunft von "Befreiung" nicht mehr gesprochen und auch nicht mehr **beflaggt** wird. Man könnte höchstens noch über diese Forderung hinausgehen, indem offiziell an jedem Jahrestag Kundgebungen in Stadt und Land für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes abgehalten werden und anläßlich dieser Kundgebung alle öffentlichen Gebäude auf Halbmast flaggen. (Beifall bei der WdU)

Als sich der nächste Redner, Abg.Dr. Altmann (LBl.) zum Rednerpult begab, verließen die Abgeordneten der anderen Parteien den Sitzungssaal; außer den Abgeordneten des Linksblockes blieb von jeder Fraktion nur ein Abgeordneter im Saal zurück.

Abg. Dr. Altmann stellte zu dem Exodus fest, er spreche nicht zu den Abgeordneten allein, sondern zu der Wiener Bevölkerung, es könne ihn daher in keiner Weise stören, wenn sie es vorziehen, ihr Frühstück zu genießen.

Ich hielte es für eine Beleidigung des Wiener Landtages, führt der Redner fort, mich im einzelnen mit der Rede des Herrn Vizebürgermeisters Weinberger auseinanderzusetzen, eines Mannes, der wie seine Klubgenossen nur eine Befreiung in Österreich zu feiern wünscht, nämlich die Befreiung Österreichs von der Freiheit dieses Landes, wie sie sich 1938 vollzogen hat.

Der Zweck des Antrages der Abgeordneten der ÖVP war ja nicht bloß die Flaggenfrage. In diesem Punkt sind sie lediglich beleidigt in dem inneren Koalitionsstreit, daß bei der Abschaffung der offiziellen Beflaggung der städtischen Gebäude der Initiator der Bürgermeister ist, der der SPÖ angehört und nicht der Vizebürgermeister Weinberger, der der ÖVP angehört, der es vorgezogen hätte, daß auf seinen Antrag hin der Landtag mit Mehrheit einen solchen Beschluß faßt und er sich rühmen könnte, er sei ein Kämpfer für die Freiheit und gegen die Befreiung.

Der Herr Vizebürgermeister Weinberger hat davon gesprochen, wie 1945 von allen Seiten, aus den KZ, Gefängnissen und von der Front die Österreicher zermürbt zurückgekommen sind und sich an die Arbeit gemacht haben. Das "wir" hat wohl heißen: die arbeitende Bevölkerung. Richtig, die werktätige Bevölkerung dieses Landes und dieser Stadt hat Beispielloses geleistet. Aber es ist ein großer Unterschied zwischen der werktätigen Bevölkerung und den Führungen der beiden Regierungsparteien und der österreichischen Regierung und deren Politik. Denn die Führungen der beiden Regierungsparteien und die österreichische Regierung haben nichts getan, um diesen Aufbauwillen der Bevölkerung zu unterstützen, um ihr zu helfen, diesen Aufbau zu vollziehen und um ihr schließlich die Erfolge dieses Aufbaues zugutekommen zu lassen. Sie haben vielmehr alles getan, um die, die die Arbeit geleistet haben, schließlich um die Früchte dieser Arbeit zu bringen. Es mutet sonderbar an, wenn ein Vertreter der stärksten Regierungspartei in Österreich sich auf die Aufbauarbeit der österreichischen Bevölkerung beruft, während

die Führung seiner Partei mit seiner Unterstützung alles getan hat, um die Bevölkerung um die Früchte dieser ihrer Aufbauarbeit zu bringen.

Weinberger hat seine Erklärungen mit der Feststellung eingeleitet, daß niemand einen wirklichen Erfolg von Berlin erwartet hat, aber er ist dann auf das bitterste enttäuscht worden. Wie paßt das zusammen? Sie haben den Staatsvertrag nicht erwartet, weil sie ihn nicht wollten, und als der Staatsvertrag als Ergebnis ihrer Politik nicht kam, da spielen sie die Enttäuschten und suchen den Schuldigen. Es ist offenkundig gewesen, daß der Staatsvertrag nicht durch das Njet, sondern durch das No verhindert worden ist, das unter der Führung des Außenministers J.F. Dulles gesagt wurde zu den Vorschlägen, die Außenminister Molotow bezüglich des österreichischen Staatsvertrages gemacht hat.

Unsere Regierungsdelegation ist aus Berlin zurückgekommen mit der Erklärung, daß sie mit leeren Händen gekommen sei. Eine Regierung und ein verantwortlicher Minister, der nichts anderes zu sagen hat, als daß er seinem Volk nichts bringe, spricht seiner Politik damit das Urteil. Daß die Regierungsdelegation mit leeren Händen zurückgekommen ist, ist entscheidend dadurch verursacht, daß seit Jahr und Tag die österreichische Regierungspolitik und die Politik der beiden Parteien, die sich in dieser Frage vollkommen einig sind, verderblich ist.

Der Inhalt dieser Politik ist nicht, die Interessen des österreichischen Volkes zu vertreten, sondern jene, die den Herren entsprechen, die derzeit die Geschicke der Vereinigten Staaten von Amerika lenken. Eine den Interessen des österreichischen Volkes entsprechende Politik hätte auf das Sorgfältigste auf seine Neutralität Bedacht nehmen müssen. Die Politik der Regierungsparteien ist aber gegen die Verständigung gerichtet, indem sie alles getan hat, um Österreich dem Westen auszuliefern, indem sie tatsächlich die gesamte Wirtschaft und die gesamte Politik nach den Wünschen, nein, nach den Befehlen, die von Amerika kommen, orientiert hat. Diese Politik hat natürlich nicht dazu beigetragen, daß eine Verständigung der Großmächte über den österreichischen Staatsvertrag zustande kommt. Die Westmächte hatten jedoch von Anfang an am Abschluß

des österreichischen Staatsvertrages kein Interesse, da Österreich eine wichtige militärische Position inmitten Europas darstellt. Daher haben die Westmächte auch die berechtigten Vorschläge Molotows, die zum Abschluß eines österreichischen Staatsvertrages geführt hätten, abgelehnt. Die Vorschläge Molotows gingen auch dahin, daß ein Anschluß Österreichs an Deutschland, der von Westdeutschland gewünscht wird - auch Vizebürgermeister Weinberger habe von einem "Vereinten, freien Europa" gesprochen, was nichts anderes ist als ein Anschluß an Westdeutschland - verhindert werde. Der Redner bezeichnet es als eine bekannte Tatsache, daß die Deutschen einen neuen Angriffskrieg gegen den Osten führen wollen und dieser ginge zunächst über Österreich. Und eben zur Verhinderung dieser Gefahr für Österreich und darüberhinaus für ganz Europa, wollte Molotow vorsorgen. Außerdem erachtet Abg.Dr. Altmann die Annahme eines vielleicht nur achtzigprozentigen Staatsvertrages als besser als eine Ablehnung. Vor allem für Wien hätte der Abschluß große Vorteile gebracht. Das Militär wäre abgezogen und viele Wohnungen und Häuser wären dadurch frei geworden. Die Verwaltung würde keinen fremden Einflüssen mehr unterliegen, das "Deutsche Eigentum" wäre Österreich zurückgegeben worden und alle Beschlagnahmungen hätten sich aufgehört. Bürgermeister Jonas hätte jedoch bereits während der Berliner Konferenz eine Annahme dieser Bedingungen als Schande für die Wiener bezeichnet. Vizebürgermeister Weinberger habe heute hier ungefähr die gleichen Worte gebraucht. Dr. Altmann richtet die dringliche Anfrage an den Bürgermeister, ob er wirklich in dieser Art, die den Interessen der Wiener Bevölkerung nicht entspreche, zur Frage des Staatsvertrages Stellung genommen habe. Den Antrag Vizebürgermeister Weinbergers bezeichnet der Redner als provokativ, weil er Ausdruck einer Gesinnung ist, die die Befreiung Wiens und Österreichs vom Joch des Hitler-Faschismus negiert. Die Sowjet-Armee befreite Österreich unter blutigen Opfern von einem jahrelangen furchtbaren Terror. Dies allein sei Grund genug, gegen diesen Antrag zu stimmen. Abg.Dr. Altmann erklärt, wenn die Stadt Wien eine demokratische Verwaltung hat, wenn im Jahre 1945 demokratische Parteien in Österreich gegründet werden

durften - gegen den Wunsch der Westmächte - wenn Österreich ein einheitliches Land ist, dies alles sei der Sowjet-Armee zu verdanken.

Abg. Doppler (WdU) vertritt die Meinung, daß wir dem Abschluß des Staatsvertrages sicher schon näher wären oder bereits einen solchen besitzen würden, hätten die Regierungsparteien bereits früher so gesprochen, wie sie es in der letzten Parlamentssitzung und auch heute hier getan haben. Dann wäre es damals auch sicher nicht zur Beschließung der grausamen NS-Gesetze gekommen. Als der Redner in diesem Zusammenhang die vom Nationalrat beschlossenen NS-Gesetze als Schandgesetze bezeichnet, wird er von Präsident Marek zur Ordnung gerufen und ermahnt, den Nationalrat nicht herabzusetzen.

Glaubt man, so führt der Redner aus, daß mit solchen papierenen Protesten etwas erreicht wird? Es wäre wohl wirkungsvoller gewesen, wenn der Landtag den 13. April zu einem nationalen Trauertag gemacht hätte. Der Redner kritisiert auch die Teilnahme von Funktionären in früheren Jahren an Weihnachtsfeiern u.a. der Besatzungsmächte.

Das Scheitern der Berliner Konferenz bedeutete gleichzeitig den Zusammenbruch unseres außenpolitischen Konzeptes. Wenn Österreich wieder aus seiner derzeit unglücklichen Rolle herauskommen soll, gibt es nur den Weg: Mehr arbeiten, mehr leisten und würdig und fest auftreten! Die Freiheit, die man von den anderen verlangt, müsse schließlich zuerst im eigenen Haus verwirklicht und die Ausnahmegesetzgebung abgebaut werden.

Vizebürgermeister Honay (SPÖ) führt aus: Für die Mehrheit des Hauses ist der 13. April nicht der Tag, den wir uns als wirklichen Befreiungstag vorgestellt haben. Für uns bedeutet er auch den Tag des Einmarsches der russischen Truppen mit all den bekannten Härten, die nicht vergessen sind. Dieser Tag bedeutet für uns auch den Beginn einer neun Jahre dauernden unwürdigen Besetzung unseres Landes. Wichtiger ist für uns der 27. April 1945, der Tag, an dem die österreichische Staatsregierung eingesetzt worden ist. Wir hätten auch vielmehr Anlaß, den 6. Mai feierlich zu begehen, an dem die demokratische Verfassung wieder eingesetzt wurde.

Vizebürgermeister Honay verteidigt dann den Beschluß des Bürgermeisters, am 13. April nicht mehr flaggen zu lassen.

Wie aus einem Brief des Bundeskanzlers hervorgeht, ist es den Landeshauptleuten überlassen, die öffentlichen Gebäude an diesem Tag mit Fahnen zu schmücken oder nicht. Ich glaube daher, sagte der Vizebürgermeister, daß der Antrag der ÖVP überholt ist. Er stellte seinerseits den Antrag, daß der Wiener Landtag die Verfügung des Bürgermeisters mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen solle, daß am 13. April nicht mehr beflaggt wird.

Vizebürgermeister Honay nimmt dann Bezug auf die letzte außerordentliche Sitzung des Landtages vor zwei Jahren, am 3. April 1952, auf der ebenfalls zu Staatsvertragsverhandlungen Stellung genommen wurde. Vizebürgermeister Honay wies damals auf die Wichtigkeit der Wiederaufnahme der Staatsvertragsverhandlungen hin. Seit dieser Zeit sind immerhin gewisse Erleichterungen auf dem Gebiet des Besatzungsregimes eingetreten. Vizebürgermeister Honay appellierte in diesem Zusammenhang an die Sowjetunion, doch endlich auch den letzten Kriegsgefangenen zurückkehren zu lassen. (Allgemeiner Beifall.)

Der Redner stellt ferner mit großem Nachdruck fest, daß die Österreicher und besonders die Wiener den Staatsvertrag nicht als einen Gnadenakt betrachten (Beifall bei der SPÖ), sondern daß wir den Staatsvertrag als ein längst erworbenes moralisches Recht ansehen (erneuter Beifall bei der SPÖ). Keine Macht der Erde, auch Rußland nicht, hat die moralische Berechtigung, ihre Truppen wegen österreichischer Probleme hier zu belassen.

Bei der äußersten Linken hat man darüber gesprochen, daß die österreichische Delegation und die österreichische Regierung an der Erfolglosigkeit der Berliner Verhandlungen schuldig sei. Außenminister Molotow hat jedoch selbst gesagt, daß kein Anlaß besteht, die Truppen in Österreich zu behalten. Molotow hat kein einziges Mal auf irgendeine Abhängigkeit der österreichischen Regierung und des österreichischen Volkes von Amerika hingewiesen. Man soll uns daher auch nicht unterschreiben, daß wir die Sklaven Amerikas sind oder im Schlepptau der amerikanischen Politik stehen. Das alles ist Unsinn (Beifall bei den Sozialisten)! Abg. Dr. Altmann hat besonders von Wien gesprochen und uns eine Fata Morgana ausgemalt, was wir alles versäumt haben. Er hat es eine Be-

vorzugung genannt, daß Wien von den Truppen befreit werden sollte. Wir alle aber wissen, daß Molotow ein gefährliches Spiel getrieben hat und daß es gut ist, daß er durchschaut wurde. Ich verweise darauf, daß wir Wien als einen Teil der österreichischen Republik betrachten und daß wir eine Einheit sind, mit allen Bundesländern unlösbar verbunden (Beifall bei den Sozialisten).

In Berlin haben die drei westlichen Mächte, England, Frankreich und die USA versucht, uns einen Staatsvertrag zu sichern, der mit der Ehre des österreichischen Volkes vereinbar ist. Die Sowjetunion hat aber durch den Mund Molotows versichert: Wenn Ihr nicht alles tut, was wir wünschen, gibt es keinen Staatsvertrag! Rußland hat die Wiederherstellung der österreichischen Unabhängigkeit abgelehnt. Es verlangt, daß die alliierten Truppen bis zum Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland in Österreich verbleiben sollen. Wir sehen aber für Österreich keinen Vorteil und keine wirtschaftliche Notwendigkeit für einen Anschluß an Deutschland (Beifall bei den Sozialisten).

Damit aber auch die Groteske bei den Verhandlungen in Berlin nicht fehle, sind wieder die Erbsenschulden in die Waagschale geworfen worden. Wir wissen, daß die Sowjetregierung an Stelle ehrlicher Bereitschaft leider strategische Erwägungen gesetzt hat. Die Sowjetunion hat sich bei den Verhandlungen in Berlin als Ziel gesetzt, die notwendige wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa und Amerika zu sprengen. Wir Österreicher sind die Opfer ihrer skrupellosen Gewaltpolitik. Es ist kindisch anzunehmen, daß Österreich in dieser Lage jemals militärische Bündnisse abschließen wird. Es gibt keinen aufrechten Österreicher, der sich unterwerfen will und Bestimmungen annimmt, die wir nicht vertreten können und die unserem Land zur Schande gereichten (Beifall bei der SPÖ).

Der Wiener Landtag soll aber hier ebenfalls öffentlich feststellen, daß das Volk dieser Stadt und der Republik Österreich den Kampf um die Erringung der Freiheit niemals aufgeben wird, weil auf unserer Seite Recht und Gerechtigkeit stehen. Es ist meine felsenfeste Überzeugung, daß diese beiden ehernen Postulate der Menschlichkeit siegen werden! (Beifall bei der SPÖ.)

Abg. Dr. Matejka (LBl.) spricht wie sein Parteikollege Dr. Altmann über die Anschlußgefahr. Als er sich dabei gegen die Redner der WdU wendet, antwortet ihm erregt Abg. Wicha. Präsident Marek weist beide Abgeordneten zurecht. Der Vorsitzende muß auch in der Folge Dr. Matejka auffordern, zur Sache zu sprechen.

Abg. Dr. Matejka sieht in verschiedenen Umständen bereits die Vorbereitung eines Anschlusses. Er spricht in diesem Zusammenhang über die Flut von Filmen aus den USA, durch die der Anschluß an jene brutalen Vorbereitungen des Abenteuers eines dritten Weltkrieges vollzogen wurde. Seine Partei sehe den Anschluß nicht nur in Form der Aufhebung einer Grenze. Wir sind angeschlossen an jene Welt der Brutalität und des Schießens, die wir längst satt haben sollten.

Von Herrn Vizebürgermeister Honay wurde die Äußerung gemacht, daß sich die Sozialisten nicht im Schlepptau der amerikanischen Politik befinden. Ich wüßte nicht, was dann überhaupt eine Schlepptaupolitik ist. Wenn man einem Land gestattet, hier soviel Mordschule einzuführen, wie es in mindestens 500 der 1000 amerikanischen Filme in den letzten sieben Jahren gewesen ist, ist das etwa nur Idealismus?

Als Abg. Dr. Matejka weiter von amerikanischem Filmdreck sprach und weiter ausführte, daß Westdeutschland heute noch das klassische Land der Hexen ist, wurde er vom Vorsitzenden Präsidenten Marek erneut unterbrochen und gebeten, zur Sache zu sprechen. Der Redner verweist dagegen, daß dies zur Sache gehöre, weil die verantwortlichen Männer in diesem Hause wahrscheinlich nicht richtig über die Verhältnisse in Westdeutschland informiert sind.

Wenn wir diese sogenannten Soldatenzeitungen betrachten, fährt Redner fort, und alles das, was mit Duldung der Regierung herübergeschwemmt wird, müssen wir sagen: Hier besteht die Gefahr des Anschlusses, hier ist er zum großen Teil schon vollzogen. Die Gefahr des Anschlusses ist nicht irgend ein Hirngespinnst oder ein neues Mittel, womit uns, wie es hier geheißen hat, Herr Molotow drangsalieren will, sondern eine Realität.

Schließlich erklärt der Redner, daß nicht Molotow sondern Dulles Nein gesagt hat und fordert die Redner der

Regierungsparteien auf, zu den vorgebrachten Ansichten Stellung zu nehmen.

Abg. Keller (parteilos) verweist darauf, daß in Berlin jeder erklärte, er würde Österreich räumen, wenn auch der andere seine Truppen abzieht und wirft die Frage auf, warum sich die vier Großen in Berlin nicht darüber einigten, daß Österreich als ein neutraler Staat unter den Schutz der Vereinten Nationen gestellt werde und daß jeder Staat, der es wagen sollte, Österreich seiner Freiheit zu berauben, von allen übrigen Staaten sofort niedergeschlagen wird.

Abg. Keller regt an, der Wiener Landtag möge den Nationalrat bitten, an die Alliierten heranzutreten, sie mögen Österreich als neutralen Staat unter den Schutz aller Kulturstaaen der Welt stellen und ihm einen solchen entsprechenden Staatsvertrag geben.

Österreichs Freiheit, sagte er, muß aber eine hundertprozentige sein, denn die Freiheit ist eine unteilbare Größe, und eine achtzigprozentige Freiheit ist keine Freiheit. Ich bin für den Antrag, daß nicht geflaggt wird.

Nach Verlesung der Anfrage des Linksblocks ergreift Bürgermeister Jonas das Wort. Er erklärt, bisher wurde die Verweigerung des Staatsvertrages immer damit begründet, daß das österreichische Volk für die Souveränität und seine Selbständigkeit noch nicht reif ist. In Berlin ist eine Sinnesänderung eingetreten, denn dort wollte man Österreich den Staatsvertrag geben. Man scheint also doch der Ansicht gewesen zu sein, daß das österreichische Volk nun doch endlich die demokratische Reife erlangt hat und sein Staatswesen so festgefügt und sein Staatsbewußtsein so gesichert ist, daß es nun doch selbständig, frei und souverän sein darf.

Allerdings war das eine bedingte Anerkennung der Reife des österreichischen Volkes, denn man hat die Gewährung des Staatsvertrages an Bedingungen geknüpft, die kein anständiger Österreicher akzeptieren kann.

In diesem Vorschlag war für Wien eine besondere Behandlung vorgesehen. Während im übrigen Österreich die Truppen zu verbleiben hätten, wäre Wien als die Bundeshauptstadt von allen militärischen Truppen zu räumen. Der Vertreter des Linksblocks hat hier erklärt, daß die Räumung Wiens eine

bevorzugte Behandlung dieser Stadt sein soll. Ich habe dazu schon gesagt: Wien nimmt sich vom Schicksal unserer anderen österreichischen Bevölkerung nicht aus! Wenn man diesen Vorschlag gemacht hat, um der Wiener Bevölkerung zuzumuten, daß sie eine Trennungslinie zwischen der Bundeshauptstadt und den anderen Bundesländern zieht, dann ist es eine Beleidigung Wiens. Man kann dieser Wiener Bevölkerung, die genau weiß, daß ihr Schicksal mit dem der Republik untrennbar verbunden ist, nicht zumuten, daß sie sich eine günstigere Behandlung zukommen läßt auf Kosten unserer übrigen Landsleute! (Beifall bei den Sozialisten.) Wir wissen sehr genau, daß Wien nicht frei ist, solange nicht ganz Österreich frei ist! (Neuerlicher Beifall bei den Sozialisten.) Die österreichische Freiheit kann man nicht teilen, sie ist unteilbar und sie ist vor allem auch unabdingbar. Man kann sie den Österreichern nicht portionenweise zumuten.

Aber alle diese Vorteile, die uns der Vertreter der Volksopposition hier dargestellt hat, bestehen nicht! Es wäre ein fragwürdiges und sehr problematisches Geschenk für Wien. In Wien ist der Sitz der obersten Behörden, des Bundespräsidenten, der Regierung, des Nationalrates und des Bundesrates. Alle diese zentralen Organe, die für die ganze Republik fungieren, würden in der Luft hängen, wenn sie in einem geräumten, aber von der russischen militärisch besetzten Zone umgeben wären. Durch eine Räumung Wiens bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der übrigen Besetzung würde Wien die empfindlichste Stadt Europas werden, viel empfindlicher als Berlin. Und wir haben keine Absicht und keine Lust, uns in eine solche Rolle drängen zu lassen. Dabei wissen wir, daß damit noch viele andere Folgen für ganz Österreich verbunden wären.

Man sagt, das ist ja gar nicht wahr. Man sagt nicht, daß keine Gefahr besteht, sondern man sagt, gegen diese Gefahr gäbe es ja ein Mittel. Denn nach Abschluß des Staatsvertrages hätte Österreich das Recht, ein Bundesheer aufzustellen. Und um diesen Gefahren auszuweichen, würde es doch genügen, eine Garnison des österreichischen Bundesheeres in Wien zu stationieren. Ich glaube, es gibt sich niemand der Täuschung hin, daß eine österreichische Garnison eine Sicherheit wäre

gegen die Gefahr der Trennung Österreichs. Eine österreichische Garnison, umgeben von der russischen Zone, wäre eine sehr passive Truppe: denn es ist jedermann bekannt und wird niemand abstreiten, daß Besatzungstruppen einer ausländischen Macht für eine österreichische Armee unangreifbar sind, weil diese ausländischen Truppen in Österreich immun sind.

Alles, was mit der Räumung Wiens zusammenhängt, zeigt, daß eine alleinige Räumung Wiens weder im Interesse der Wiener Bevölkerung noch im Interesse der österreichischen Bevölkerung gelegen ist. Deshalb kann niemand einem Vorschlag zustimmen, der eine solche Situation herbeiführen würde - auch wenn er gut gemeint sein sollte.

Man wird fragen: Was brauchen wir **wirklich**? Österreich braucht das, was es seit langem verlangt, einen Staatsvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen aus ganz Österreich, nicht nur aus Wien allein! (Beifall bei den Sozialisten).

Und wenn ich gefragt werde, was ich **dazutun** werde, so verspreche ich, daß ich alle meine **Kraft** in meinem Wirkungsbereich **einsetzen** werde, um alles zu fördern, was die Befreiung ganz Österreichs, die Gewährung des Staatsvertrages, die Gewährung der Freiheit und der Demokratie für Österreich ermöglicht. Ich bin sicher, daß ich in diesen meinen Absichten die ganze Wiener Bevölkerung auf meiner Seite habe! (Lebhafter **anhaltender** Beifall bei den Sozialisten.)

Damit war die Debatte beendet.

Landtagspräsident Marek ließ nun den weitergehenden Antrag des Vizebürgermeisters Honay (SPÖ) abstimmen, nach welchem der Wiener Landtag die Anordnung des Landeshauptmannes mit Befriedigung zur Kenntnis nimmt, am Befreiungstage nicht zu beflagen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Sozialisten angenommen. Die Abgeordneten der ÖVP verlangten unter Protestrufen auch die Abstimmung des Antrages Weinberger. Präsident Marek verwies auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung und schloß um 15.05 Uhr die Sitzung des Landtages.

Wiener Gemeinderat

=====

Im Anschluß an den Landtag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas zu einer Sitzung zusammen. Im Einlauf befanden sich fünf Anfragen der Wahlpartei der Unabhängigen, eine des Linksblocks und fünf der Österreichischen Volkspartei; ferner zwei Anträge der WdU, einer des Linksblockes und einer der ÖVP. Die Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur Behandlung zugewiesen. Über einen Dringlichkeitsantrag des Linksblockes, betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Wien wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt werden, gleichfalls über den Antrag derselben Fraktion, betreffend die Notwendigkeit alles vorzukehren, um die Räumung Wiens von allen Besatzungstruppen zu erreichen. Auch über die verlangte Besprechung des letztgenannten Antrages wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt werden.

Im ersten Punkt der Tagesordnung erfolgt die Wahl von vier Mitgliedern und vier Ersatzmitgliedern der Disziplinar-kommission für Lehrer der öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen. Diese Kommission, die jeweils auf die Dauer von drei Schuljahren gewählt wird, besteht aus acht Mitgliedern und acht Ersatzmitgliedern. Der Wiener Stadtsenat hatte bereits am 2. März folgende Gemeinderäte als Mitglieder gewählt: Leopold Fronauer, Adolf Planek und Hans Bock (SPÖ) und August Skokan (ÖVP); als Ersatzmitglieder die Gemeinderäte Otto Gratzl, Josef Jirava und Hans Weber (SPÖ) sowie Hermine Holub (ÖVP).

Von den heute im Gemeinderat zu wählenden Kommissionsmitgliedern entfallen je zwei Mandate auf die SPÖ und auf die ÖVP. Von der SPÖ sind vorgeschlagen die Gemeinderäte Franz Adelpoller und Hedwig Lehnert, von der ÖVP Eleonore Hiltl und Direktor Anton Hirschenauer; Ersatzmitglieder sind die Gemeinderäte Gottfried Albrecht und Maria Jacobi (SPÖ) und Bundesrat Prof. Karl Lugmayer und Gemeinderat Emil Etzersdorfer (ÖVP). Die Wahlvorschläge wurden angenommen.

Stadtrat Thaller (SPÖ) referiert sodann über den nächsten Punkt der Tagesordnung, die Abänderung und Neu-

festsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet östlich der Nordwestbahn zwischen der Aignerstraße, Hellwagstraße und dem Handelskai im 20. Bezirk.

GR. Dr. Altmann (LBl.) erinnert, daß in diesem Gebiet die Voraussetzungen zu schaffen wären, um die notwendigen Schnellbahnverbindungen herzustellen. Auch die Frage der Nordwestbahnbrücke und eine eventuelle Heranziehung derselben für eine Schnellbahnverbindung wäre zu überlegen.

Stadtrat Thaller erklärt abschließend, der Gemeinderat habe schon einen großen Plan für das Gebiet an der Donau zwischen der Floridsdorfer und der Reichsbrücke beschlossen. Das heute zur Behandlung stehende Gebiet wäre nur ein kleiner Ausschnitt, der nun im Detail geplant wurde. Er versichert, daß die zuständigen Magistratsabteilungen seit langem prüfen und Pläne ausarbeiten. Wenn diese spruchreif sind, werden sie dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

GR. Jodlbauer (SPÖ) beantragt die Verhängung der zeitlichen Bausperre für das Gebiet zwischen Mauerbachstraße und Hohe Wand-Wiese. Dies geschieht auf eine Anregung des amtsführenden Stadtrates Thaller und bezweckt die Freihaltung des den Auslauf der Skiabfahrt bildenden Geländestreifens der Hohe Wand-Wiese.

GR. Lauscher (LBl.) bezeichnet die Hohe Wand-Wiese als ein ideales Skigebiet, das von den Wienern sehr stark besucht wird. Alle Skisportler und die Freunde des Wiener Waldes begrüßen daher freudig die verhängte Bausperre für dieses Gebiet. Seine Fraktion hat bereits im Februar entsprechende Vorkehrungen verlangt. Der Redner verweist darauf, daß Wien von allen Bundesländern die höchste Zahl an Skisportlern hat und die Gemeinde diesen Sport mehr subventionieren müßte. So hat der Skiverband die Schaffung von Skiliften im Wiener Wald angeregt, ferner die Errichtung eines Jugendgästehauses für jugendliche Skisportler usw. Bedauerlicherweise wurden in den letzten Jahren im Wiener Wald immer mehr Drahtefriedungen errichtet, durch die es immer wieder zu Skiunfällen kommt. Auch hier müßte Abhilfe geschaffen werden. (Zwischenruf GR. Pfoch: Machen Sie auch etwas dafür, daß die Drahtefriedungen an der ungarischen Grenze ent-

fernt werden!)

GR. Bock (SPÖ) erklärt, mit der Vorlage dieses Antrages erfüllt die Stadtverwaltung ein Versprechen, das führende Funktionäre der Stadt Wien wiederholt abgegeben haben, nämlich die Wiener Landschaft zu schützen, wo es nur geht. Bürgermeister Jonas hat oft darauf hingewiesen, daß ihm dieser Schutz Herzenssache ist. So erklärte er einmal, den kostbaren Wald- und Wiesengürtel für ganz Wien zu verteidigen. Es gelte hier das Grundgesetz, daß über den Sonderinteressen Einzelner das Interesse der Gesamtheit stehe. Dem gleichen Grundsatz vertrete auch Stadtrat Thaller. Es sei daher bedauerlich, daß das Kapitel Hohe Wand-Wiese zu Polemiken mißbraucht wurde. Er möchte daher feststellen, daß die Parzellierung dieses unteren Teiles der Hohe Wand-Wiese nicht ~~durch~~ diese Stadtverwaltung, sondern bereits im Jahre 1930 erfolgt ist, als dieses Gebiet noch zu Niederösterreich gehörte. Zu der Feststellung einer Bilderzeitung, die Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung Planung habe hier eingegriffen, müsse gesagt werden, daß Stadtrat Thaller sich bereits seit November vergangenen Jahres dafür interessierte und damit beschäftigte. Die Erhaltung der Wiener Landschaft wäre sicher Herzenssache aller und es dürfe daher nicht zu solchen unberechtigten Angriffen der Wiener Presse gegen die Stadtverwaltung kommen. Der Bürgermeister hat bereits Auftrag gegeben, ein Gesetz zur Erhaltung und zum Schutze des Wald- und Wiesengürtels zu schaffen. Es müsse jedoch auch die gesamte Bevölkerung zum Schutz unserer schönen Wiener Landschaft aufgerufen werden (Beifall bei der SPÖ).

In seinem Schlußwort stellt GR. Jodlbauer ergänzend fest, daß niemand in diesem Hause eine andere Auffassung hat, als daß man den Skisport fördern müsse. Die Stadtverwaltung wird bestrebt sein, in dieser Weise fortzufahren und die Jugend dem Skisport zuzuführen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

StR. Dkfm. Nathschläger (ÖVP) berichtet über die Errichtung der Autobuslinie 18a von Groß-Jedlersdorf nach der Nordrandsiedlung. Bis zum Frühherbst 1953 hat ein privater Autobusunternehmer dort eine Linie betrieben. Die Verkehrs-

verbindung ist jedoch mangelhaft gewesen und die Firma hat um die Enthebung von der Betriebspflicht angesucht, worauf die Linie eingestellt wurde. Die Linie ist nun von den Verkehrsbetrieben wieder in Betrieb genommen worden. Ihre Gesamtlänge beträgt 4.7 km, die Betriebszeiten sind von 5.15 Uhr bis 20 Uhr bei einstündigen Intervallen bzw. halbstündigen Intervallen in den Hauptverkehrszeiten. Die Teilstrecke bis zum Gaswerk Leopoldau kostet 60 Groschen, bis zur Nordrandsiedlung 90 Groschen und bis zur Endstation 110 Groschen. Die Wochenkarten kosten für eine Teilstrecke 5 Schilling, für zwei Teilstrecken 5.40 und für drei Teilstrecken 6.50 Schilling.

GR. Doppler (WdU) spricht sich gegen die Höhe des Tarifes aus. Er verlangt eine Begünstigung für jene, welche gezwungen sind dort draußen zu wohnen. Der Redner behandelt dann im einzelnen ausführlich verschiedene Verkehrsprobleme. Er spricht über die überfüllten Wagen, die großen Intervalle, das Geleitzugfahren, die mangelnde Heizung und den Lärm, den die Straßenbahn verursacht.

Der Vorsitzende Bürgermeister Jonas bemerkt, er habe volles Verständnis für die Redefreiheit im Gemeinderat. Er ersuchte aber die Redner, sich nicht so weit vom Verhandlungsgegenstand zu entfernen wie eben jetzt.

GR. Dr. Soswinski (LBl.) bemerkt, daß schon am 30. Jänner 1950 Betriebsräte verschiedener Floridsdorfer Betriebe um die Einführung dieser Autobuslinie ersucht haben. Dies wurde jedoch damals abgelehnt. Er bringt ferner einen Abänderungsantrag ein, nach dem die Wochenkarte für eine Teilstrecke 3.60 Schilling kosten soll, da die vorgesehenen 5 Schilling nicht der Ermäßigung der anderen Wochenkarten für zwei und drei Teilstrecken entsprechen.

GR. Etzersdorfer (ÖVP) sagt, eine befriedigende Lösung des Verkehrsproblems in Floridsdorf kann nur die Realisierung des Projektes der Schnellbahnen bringen (Beifall bei der ÖVP). Er begrüßt jedoch die Einführung der Autobuslinie, die einem kleinen Teil des 21. Bezirkes Erleichterung verschafft. Der Redner erwähnt, daß bei einer Besprechung über die Einführung der Linie Stadtrat Nathschläger Hilfe zugesagt habe, die Direktion jedoch wollte die Wiedereinführung der aufgelassenen Linie aus wirtschaftlichen Gründen ab-

lehnen. Er dankte dem Amtsführenden Stadtrat, daß er die Wiedereinführung trotzdem durchgesetzt hat.

Abschließend betonte der Redner nochmals, daß nur die Schnellbahn nach Floridsdorf eine wirkliche Lösung darstelle. Eines Tages müßten daher auch die Sozialisten dem Projekt zustimmen und dann wird es endlich heißen: "Bahn frei für Floridsdorf!" (Beifall bei der ÖVP)

GR. Lötsch (SPÖ) hebt hervor, daß mit der Errichtung der Autobuslinie 18 A ein langjähriger Wunsch der Bevölkerung in Erfüllung geht. Schon im Jahre 1950 haben wir uns, sagt er, mit den Verkehrsbetrieben ins Einvernehmen gesetzt, um diese notwendige Autobuslinie im Interesse der werktätigen Bevölkerung zu bekommen. Die Erfüllung dieses Wunsches ist jedoch von der Möglichkeit abgehängt, die notwendigen Verkehrsmittel beizustellen. Wohl wurde auch mit einem privaten Unternehmer ein Abkommen geschlossen, doch ist diese Linie ein Verlustgeschäft. Auf den Vorhalt, warum der Unternehmer den Vertrag nicht einhält und die Linie führt, hielt er uns entgegen, man könne von ihm nicht verlangen, daß er nicht einmal das Benzin verdient, das er verbraucht.

Mit der Errichtung dieser Linie ist der dortigen Bevölkerung ein großer Dienst erwiesen, weswegen wir den Antrag begrüßen und für ihn stimmen werden (Beifall bei den Sozialisten).

In seinem Schlußwort bittet Stadtrat Dkfm. Nathschläger, den Antrag des GR.Dr. Soswinski abzulehnen. Wohl entspricht die Ermäßigung der Wochenkarte für die erste Teilstrecke nicht 50 Prozent, aber eine 50prozentige Ermäßigung ist auch das Maximum, das nach dem Personenbeförderungsgesetz überhaupt zulässig ist. Bei den Linien mit mehr als fünf Teilstrecken wird dagegen im Interesse der Berufsfahrer eine über das von Herrn Dr. Soswinski genannte Ausmaß gehende Ermäßigung vorgenommen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des GR.Dr. Soswinski abgelehnt und der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Über die Beteiligung der Stadt Wien an der SW-Möbel Aktion berichtet GR. Dr. Jackl (SPÖ). Wie er ausführt, will die Gemeinde Wien im Zusammenwirken mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter

und mit Unterstützung der Arbeiterbank der Wiener Bevölkerung zur Hebung der sozialen Wohnkultur die Erwerbung zweckentsprechender, gediegener und trotzdem billiger Möbel zu günstigen Bedingungen zu ermöglichen. Der Referent beantragt, der Gemeinderat möge zustimmen, daß die Gemeinde Wien hierfür einen Betrag von zehn Millionen Schilling zinsenlos zur Verfügung stellt. Insgesamt soll von allen beteiligten Stellen ein Betrag von 20 Millionen bereitgestellt werden.

GR. Maller (LBl.) erklärt, daß die soziale Wohnungsmöbelaktion den Intentionen seiner Fraktion entspricht, da sie den zahlreichen Ausgebombten, den jungen Ehepaaren und auch der älteren Generation, die vielfach noch unzweckmäßige Möbel in ihren Wohnungen hat, hilft, neue Möbel anzuschaffen.

Die Wiener haben einen sehr stark ausgeprägten Familiensinn, und sie sind bereit, für ein glückliches Familienleben auf Vieles zu verzichten. Mit jedem Stück, das sie nach Hause tragen, empfinden sie zutiefst die Atmosphäre der Häuslichkeit.

Die Wiener sind nicht ehescheu, sie lieben ein sauberes, behagliches Familienleben. Es genügt nicht, den Rückgang der Eheschließungen und Geburten festzustellen, sondern man muß den jungen Menschen die Familiengründung erleichtern. In der SW-Möbel Aktion sehen wir den ersten Schritt dazu. Ein ausreichender Schritt aber wird erst sein, wenn die Gemeinde Wien eine großzügige Aktion zur Gewährung von zinsenlosen Darlehen an junge Ehepaare einleitet.

Der Redner bittet den zuständigen Stadtrat, einen diesbezüglichen Plan auszuarbeiten. Er erinnert an die seinerzeit von seiner Partei in dieser Richtung gestellten Anträge und erklärt, daß die Gemeinde Wien des Dankes der Frauen sicher sein kann, wenn sie die Haushaltsgeräte, die heute vielen noch zu teuer sind, von den Auslagen in die Wohnungen bringt.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) begrüßt den Antrag, da mit seiner Vorlage einmal die Wünsche der Österreichischen Volkspartei berücksichtigt und in die Tat umgesetzt werden. Es scheint freilich so, als wenn erst irgendeine andere Aktion mit einem anderen Titel gefunden werden müßte, um dem von der ÖVP vorgebrachten Antrag, der einzig und allein der Förderung der Familiengründung dienen sollte, Rechnung zu tragen. Die Hauptsache ist aber der Volkspartei, daß tatsächlich den Bedürf-

nissen der Bevölkerung Rechnung getragen wird. Wir freuen uns darüber, daß sich auf einem Umweg auch die Sozialistische Partei zu unseren Ansichten bekennt und von der uns seinerzeit durch eine Magistratsabteilung erteilten Antwort, daß dafür keine Notwendigkeit besteht, abgekommen ist.

Die an der Aktion beteiligten Architekten, Erzeugerfirmen und Händler bezeichnet die Rednerin als viel zu wenig. Es müßten hier mehr Firmen und Architekten herangezogen werden. Auch die Ausführung der Möbel sei nicht immer erstklassig. Bei einer solchen Aktion müßten vor allem Entwürfe zur Geltung kommen, die wirklich den Wünschen und Bedürfnissen der breiten Masse der Bevölkerung entsprechen. Die Rednerin stellt einen Abänderungsantrag, der eine Ausdehnung der Aktion auf weitere Erzeugerfirmen, Entwerfer und Händler vorsieht.

GR. Hiltl bezeichnet die Möbel auch gegen verschiedene andere, die man bereits in den Geschäften und auch auf Kredit erhält, als zu teuer. Sie erachtet es als nicht richtig, daß die Durchführung der Kreditaktion dem Kreditverband der österreichischen Konsumenten und Arbeitervereinigungen anvertraut wurde, der ein Kreditverband der Arbeiterbank, also ein sozialistisches Kreditinstitut, ist. Sie stellt einen Abänderungsantrag, der die Heranziehung des Kreditverbandes der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien oder der Österreichischen Auto-Kreditstelle des Gewerbebeförderungsinstitutes der Stadt Wien vorsieht.

Die Rednerin stellt auch einen dritten Abänderungsantrag, und zwar den, daß das Marktrisiko für diese Aktion **nicht die Stadt Wien** sondern die Erzeuger, bzw. Händler zu übernehmen haben. Ferner sollen Familien mit Kindern für den beanspruchten Kredit nicht volle sechs Prozent Zinsen bezahlen müssen, sondern für jedes unversorgte Kind um ein Prozent weniger. Das Geld aus den Steuereingängen erscheine ihr besser angelegt, wenn man kinderreichen Familien hilft, als daß man für Erzeugnisse, die in ihrer Qualität und in ihrer Form nicht den Wünschen der Bevölkerung entsprechen, das Marktrisiko übernimmt. Es müsse darum gehen, unserer Wiener Bevölkerung auf dem Gebiete des Wohnraumes oder bei der Beschaffung von Möbeln zu helfen, damit sie in Freiheit und Glück leben kann und damit der heranwachsenden Jugend die

Gelegenheit geboten wird, eine Familie zu gründen.

GR. Pfösch (SPÖ) erklärt, beide Vorredner hätten die SW-Möbel Aktion auf ihr Konto gebucht. Er könne versichern, daß sich die sozialistischen Abgeordneten seit dem Jahre 1949 mit diesem Problem beschäftigen, es aber als Mehrheitspartei nicht so leicht haben, Anträge einzubringen. GR. Dipl. Ing. Witzmann (SPÖ) hat bereits 1951 eine Erweiterung des Wohnbauprogrammes durch eine soziale Wohnungseinrichtungsaktion angeregt. Mit dem heurigen Jahr konnte nun die Kriegsschadenbehebung an den gemeindeeigenen Objekten abgeschlossen werden. Damit wird ein entsprechender Betrag frei, um einen lang gehegten Wunsch nach Ehestandsdarlehen in Form von Möbelkrediten erfüllen zu können. In diesem Augenblick ist nun auch die Gemeindeverwaltung bereit, der arbeitenden Bevölkerung dieser Stadt durch eine großzügige Kreditaktion die Einrichtung von modernen Wohnungen zu ermöglichen. Es wird dadurch aber nicht nur der jungen Generation die Haushaltsgründung ermöglicht, sondern darüber hinaus allen jenen, die sich mit modernen Möbeln einrichten wollen. Wir stehen damit am Beginn der Revolutionierung der Wiener Wohnungen. Wenn GR. Hiltl die Form und Ausführung dieser Möbel kritisiert hat, sei zu sagen, daß sie bei Eröffnung der Ausstellung die Möglichkeit gehabt hätte, ihre Wünsche und Beschwerden vorzubringen. Sie hat dies jedoch nicht getan. Die Möbel seien jedoch preiswert, gediegen, modern und zweckmäßig. Die Ausstellung wurde in der kurzen Zeit bereits von 20.000 Menschen besucht, die sie fast ausschließlich mit großem Beifall aufnahmen.

Wenn GR. Maller erklärt hat, nun kämen endlich auch die Ausgebombten zu Möbeln, müsse gesagt werden, daß diese schon lange Hausratsdarlehen in Anspruch nehmen konnten. Stadtrat Resch habe hierfür genügend Geld zur Verfügung gestellt. Zu den Vorwürfen GR. Hiltls über zu geringe Beteiligung von Architekten und Erzeugerfirmen sei zu sagen, daß jedem die Möglichkeit offen steht an dieser Aktion teilzunehmen. Vorläufig hat man nur die besten Architekten ausgesucht. Jeder Vorschlag, der besser ist als die bisherigen, werde gerne zur Kenntnis genommen und verwertet werden.

Große Bedeutung kommt dieser Aktion auch auf wirtschaftlichem Gebiete zu, da sie der Holzverarbeitenden Industrie und dem Gewerbe eine neue Möglichkeit erschlossen hat und zusätzlich hunderte Arbeiter beschäftigt. Da der Erfolg der Aktion mit der Gediegenheit der Erzeugnisse verbunden ist, werden die Firmen auch sicher bestrebt sein ihr Bestes zu geben. Die Möbel bringen auch eine Uniformierung der Wohnungen mit sich, da es 15 verschiedene Typen gibt, die normiert sind und daher verschieden miteinander variiert werden können. Die sozialistischen Frauen haben 1950 die "Frau und ihre Wohnung" eingerichtet und schon damals sagte der ehemalige Bürgermeister, unser jetziger Bundespräsident, daß sie eine Revolution der Einrichtungen in Wien angekündigt hat, die nun mit dieser Kreditaktion der Gemeinde einen weiteren Schritt nach vorwärts tun kann. GR. Pfoch dankt den Verantwortlichen der Gemeindeverwaltung für ihr Verständnis und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß diese Aktion bei den breitesten Kreisen der Wiener Bevölkerung weit über die junge Generation hinaus gewürdigt werden wird.

GR. Dr. Jakl erklärt, es komme bei dieser Aktion darauf an, daß sie entsprechend durchgeführt wird und die Menschen zu guten und billigen Einrichtungen kommen. Es wäre augenblicklich nicht zweckmäßig, die Zahl der Händler und Erzeuger ins Unermeßliche zu steigern, weil damit eine Verteuerung der Möbel eintreten würde. Es wurde aber jedem Architekten die Möglichkeit gegeben, sich an der Ausstellung "Soziales Wohnen" zu beteiligen. Da an dieser Aktion jedoch nicht nur die Gemeinde Wien beteiligt ist, wäre es einseitig hier über die Abänderung der Bedingungen, die von GR. Hiltl verlangt wurden, zu entscheiden. Der Kreditverband hat keinen Gewinn, wie GR. Hiltl meinte, da der Ertrag der Zinsen abzüglich der Spesen an einen Risikofonds abzuführen ist. Bezüglich des Marktrisikos ist zu sagen, daß sich die Gemeinde Wien nie an der Aktion beteiligt hätte, wenn die nicht wüßte, daß diese ein Erfolg werden würde. Es wird der Gemeinde nicht der geringste Schaden erwachsen. Eine Verminderung der Zinsen sei nicht möglich, da aus diesen die Spesen gedeckt werden müßten.

Der Antrag der Gemeinderätin Hiltl auf eine Ausweitung der Aktion wurde dem zuständigen Ausschuß zugewiesen. Ihre beiden letztgenannten Anträge wurden abgelehnt. Der Antrag des Referenten wurde einstimmig angenommen.

Stadtrat Resch (SPÖ) referiert einen Antrag auf Genehmigung der zweiten Subventionsliste 1954. Es handelt sich, wie der Referent ausführte, durchwegs um Organisationen, die jährlich von der Gemeinde Wien Subventionen erhalten. Die einzige Ausnahme ist die Katholische Hochschulgemeinde. Auch die Beträge sind fast ausnahmslos die gleichen wie alljährlich. Der Gesamtbetrag macht 629.000 Schilling aus.

GR. Dr. Matejka (Linksblock) wendet sich dagegen, daß immer die gleichen Beträge gegeben werden und verlangt besonders für den Verband Wiener Volksbildung höhere Subventionen.

GR. Ing. Hengl (ÖVP) nimmt die Subventionierung der Landwirtschaftskammer für Niederösterreich und Wien zum Anlaß, um auch einen Beitrag für Hagelversicherung zu verlangen. Er spricht dann über einen Kanalbau in Erlaa, durch den der Grundwasserspiegel so gesenkt wurde, daß die Gärtner um die ausreichende Bewässerung ihrer Kulturen bangen. Der Redner ersucht, auch hier Abhilfe zu schaffen.

Stadtrat Resch hält Dr. Matejka entgegen, daß die Wiener Volksbildung von der Gemeinde Wien im Vorjahr 1,047.000 Schilling an Subventionen erhalten habe. Auch Dr. Hengl weist er nach, daß einigen finanziellen Forderungen der Landwirtschaft durch Beiträge der Stadt Wien Rechnung getragen wurde. Ein Beitrag zur Hagelversicherung sei jedoch aus prinzipiellen Erwägungen nicht möglich. Die Angelegenheit Erlaa werde er an Stadtrat Thaller weitergeben.

Bei der Abstimmung wird die Subventionsliste einstimmig angenommen.

GR. Lötsch (SPÖ) referiert noch über einen Antrag über eine teilweise Abänderung der Tauschbedingungen zu einem Grundtausch zwischen der Gemeinde Wien und Rosa Reha.

Der Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Dringliche Anträge und Anfragen des Linksblockes

Zur Begründung eines dringlichen Antrages des Linksblockes betreffend "Maßnahmen zur Bekämpfung der Dauerarbeitslosigkeit in Wien" erteilt Bürgermeister Jonas GR. Lauscher das Wort.

GR. Lauscher führt aus, daß immer mehr Menschen in Wien arbeitslos werden. Seine Fraktion sei der Auffassung, daß die Stadt Wien alles tun müsse, um einen schnellen Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen und Dauerarbeitsplätze zu schaffen.

Als Kontraredner führt GR. Dr. Stemmer (SPÖ) aus, daß sich die Gemeindeverwaltung ständig mit der Arbeitslosigkeit als einem dringenden Problem befaßt. Dazu bedarf es keiner Aufforderung. Seine Fraktion halte es daher nicht für notwendig, diese Frage dringlich zu behandeln (Beifall bei der SPÖ).

Bei der Abstimmung wird dem Antrag gegen die Stimmen des Linksblockes die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Der Antrag wird dem Magistrat zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Als nächstes begründet wiederum GR. Lauscher die Dringlichkeit eines Antrages seiner Fraktion betreffend die Notwendigkeit, "alles vorzukehren, um die Räumung Wiens von allen Besatzungstruppen zu erreichen". Wie er ausführt, können gegen den Vorschlag Molotows keine Bedenken bestehen, da die Außenpolitik der Sowjetunion zeigt, daß sie stets alle Abmachungen einhalte und sich in die inneren Angelegenheiten anderer Völker nicht einmische. (Lebhafte Gegenrufe).

Dem Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Der Antrag wird zur Behandlung dem Magistrat zugewiesen.

Als letztes wird eine Anfrage des Linksblockes "betreffend die Räumung Wiens von allen ausländischen Truppen" erledigt. Die dringliche Behandlung der Anfrage wurde verlangt. Zur Begründung der Dringlichkeit erteilt der Vorsitzende Bürgermeister Jonas Dr. Altmann das Wort. Der Redner führt aus, daß die Notwendigkeit bestehe, die Frage des Abzuges der Besatzungstruppen und die Stellung des Bürgermeisters zu diskutieren: diesem Zweck soll die Anfrage dienen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Verlosung und Besprechung der Anfrage gegen die Stimmen des Linksblockes abgelehnt. Die Antwort wird auf schriftlichem Wege erfolgen.

Bürgermeister Jonas schließt die Sitzung um 19.05 Uhr.